



An alle Berliner Kitas

Berlin, den 15. Mai 2005

Kitareformgesetz verschlechtert Bedingungen in Berliner Kitas

Liebe Eltern und Erzieher/innen,

vielleicht haben Sie schon vom **Kitareformgesetz** gehört, dessen Vorlage der Senat am 3. Mai verabschiedet hat und das nun dem Abgeordnetenhaus zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt. Mit diesem Gesetz sollen mehrere Veränderungen im Kitabereich umgesetzt werden, z.B. die Verlagerung der Horte in die Schulen, die Ausgliederung städtischer Kitas in Eigenbetriebe, die Einführung der Kita-Card und des Berliner Bildungsprogramms.

Bisher ist dieses Gesetz v.a. in der Fachöffentlichkeit diskutiert und kritisiert worden. Die späte Vorlage des Gesetzes und das Vorhaben, wesentliche Teile bereits zum August 2005 umzusetzen, machen eine **gründliche öffentliche Diskussion unmöglich**. Im Abgeordnetenhaus wird es wohl nur einmal, auf einer Sondersitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport am 30. Mai 2005, zu einer ausführlichen Beratung kommen.

Dabei hat das Gesetz eine große öffentliche Aufmerksamkeit verdient, denn es hat weitreichende Konsequenzen für die Berliner Kitas. Mit diesem Brief wollen wir darauf aufmerksam machen, dass **für viele Berliner Kinder der Zugang zur Bildungseinrichtung Kita/Hort eingeschränkt bzw. sogar ganz verwehrt werden soll**. Zudem werden Kitas **notwendige Ressourcen für eine gute Qualitätsentwicklung nicht bereitgestellt** bzw. sogar entzogen.

Bei der **Anerkennung des Kitabedarfs** werden diverse neue Hürden aufgestellt. So wird im neuen Gesetz der Halbtagsplatz auch wörtlich als Regelfall des Kitabesuchs definiert. Der zuerkannte Bedarf, jetzt bis zum Schulbeginn gültig, soll zukünftig jährlich überprüft werden. Kinder arbeitsloser Eltern bekommen vor ihrem 3. Geburtstag keinen Zugang zur Kita und in der Grundschule werden sie vom Hortbesuch ausgeschlossen. Bei Eltern mit unregelmäßigen Arbeitszeiten soll der Kitaanspruch zeitlich reduziert werden.

Die Einschränkungen beim Bedarf zielen darauf, Erzieher/innenstellen einzusparen, denn mehr Halbtagsplätze bedeuten weniger Erzieher/innenstunden pro Gruppe. Es handelt sich somit um eine indirekte **Personalschlüsselverschlechterung**. Dies geht nicht zusammen mit einer anderen Forderung des Kitareformgesetzes: der Umsetzung des anspruchsvollen Berliner Bildungsprogramm für Kitas in die Praxis. Wenn eine gute Qualität in Berliner Kitas aber nicht nur auf dem Papier stehen soll, brauchen wir mehr und nicht weniger Personal.

Wir fordern deshalb:

- **Gleichberechtigter Kitazugang für alle Kinder**
 - * Demnächst: "Die Bedarfsprüfung für einen Platz in der Kita wird abgeschafft." (Beschluss SPD-Parteitag 9. April 2005).
 - * Jetzt: Keine Verschärfung der Bedarfsprüfung
- **Qualität nicht nur auf dem Papier**
 - * Zusätzliches Personal für Anforderungen des Bildungsprogramms
 - * Ausreichend Zeit und Gruppenstabilität für gute Bildungsqualität
 - * Erhalt der bisherigen Hortstandards auch nach der Verlagerung in die Schulen.

Gute Bildung für alle von Anfang an!

Die Abgeordneten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und dürfen dieses Gesetz nicht in der vorgeschlagenen Form beschließen. Das werden sie nur tun, wenn viele Eltern und Erzieher/innen ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs deutlich machen.

Wir rufen deshalb auf, die Beratung des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport des Berliner Abgeordnetenhauses am 30. Mai, ab 13.30 Uhr (Besucherkarten unter 2325-1064) zu begleiten:

- * Schicken Sie die beiliegende **Postkarte** an einen Fraktionsvorsitzenden Ihrer Wahl:
Bündnis 90/Die Grünen - Sibyll Klotz, Volker Ratzmann; CDU - Nicolas Zimmer; FDP - Martin Lindner, PDS - Stefan Liebich, SPD - Michael Müller
weitere Postkarten sind erhältlich beim DaKS (Tel. 25291300) und bei der GEW (Tel. 2199930)
- * Gestalten Sie ein **Plakat** mit dem Slogan "**Bildung hört nicht um 13.30 Uhr auf**" und hängen Sie es ins Kitafenster.
- * Oder machen Sie noch etwas ganz anderes. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Wir stellen in den nächsten Tagen die Website **www.kitareformgesetz.de** ins Internet, auf der Sie weitere Informationen erhalten und Ihre Aktionen publik machen können.

Mit freundlichen Grüßen

Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS), Aktionsgruppe Kitareformgesetz

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Berlin

Landeselternausschuss Berliner Kindertagesstätten (LEAK)

unterstützt durch die Landesverbände von: Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonisches Werk